
970/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 15.10.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Sibylle Hamann, Mag. Dr. Rudolf Taschner

Kolleginnen und Kollegen

betreffend Maßnahmen zur Eindämmung von negativen Auswirkungen von benachteiligten Gruppen im Bildungsbereich, die aufgrund der Corona-Situation entstanden sind.

Die Corona-Situation hat gezeigt, welchen Stellenwert Kindergärten und Schulen in unserem gesellschaftlichen Leben haben. Doch die Covid-19-Krise hat auch vor dem Bildungsbereich nicht Halt gemacht. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrende und Pädagoginnen wurden seit dem Lockdown im Frühjahr 2020 vor große Herausforderungen gestellt. Es war nicht allen Schüler und Schülerinnen möglich, während der „distance-learning“-Phase dem Unterricht angemessen zu folgen und seither Versäumtes ausreichend nachzuholen. Ungleichheiten werden dadurch verschärft und die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Gruppen „zurückfallen“ ist groß. Auch die erfolgreich durchgeführte Sommerschule konnte nicht alle Kinder und Jugendliche erreichen und Defizite ausgleichen. Dazu bedarf es eines längerfristigen Bündels an Maßnahmen und Förderangeboten, um diese Lerndefizite abzufedern. Zudem werden Schülerinnen und Schüler vermehrt psychosozialen Belastungen ausgesetzt, je länger die Corona-Krise anhält. Diese Belastung kann wiederum schulische Leistungen massiv beeinträchtigen.

Es ist deshalb notwendig auf diese negativen Auswirkungen vor allem von benachteiligten Gruppen zu reagieren und mit konkreten Maßnahmen entgegenzusteuern. Die von der Europäischen Union bereitgestellten Töpfe (bspw. REACT-EU) sollen dafür genutzt werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird ersucht, notwendige zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen zur Eindämmung von negativen Auswirkungen vor allem von benachteiligten Gruppen im Bildungsbereich, die aufgrund des Corona-Virus entstanden sind, zu prüfen und aus den von der Europäischen Union bereitgestellten Töpfen entsprechende Ressourcen und Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung zu stellen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.